

Im "Raum der Gegensätze": Die Bedeutung der Auseinandersetzungen um Wohn- und Mietverhältnisse im Hamburger "Recht auf Stadt"-Netzwerk

Birke, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Birke, P. (2011). Im "Raum der Gegensätze": Die Bedeutung der Auseinandersetzungen um Wohn- und Mietverhältnisse im Hamburger "Recht auf Stadt"-Netzwerk. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 31(121), 67-77. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-403007>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Peter Birke

Im „Raum der Gegensätze“

Die Bedeutung der Auseinandersetzungen um Wohn- und Mietverhältnisse im Hamburger „Recht auf Stadt“-Netzwerk

Der Text diskutiert einige der Ursachen für und Schwerpunkte in der Entstehung des „Recht auf Stadt“-Netzwerkes in Hamburg. Es wird gefragt, inwiefern es sich bei diesem „Netzwerk“ um eine „soziale Bewegung“ handelt und welche Rolle der Bezug auf den Stadt-Raum und insbesondere die Auseinandersetzungen um Wohnen und Mieten dort spielt. Der Autor hinterfragt schließlich die gängigen begrifflichen und praktischen Konnotationen des Begriffs „Gentrifizierung“ plädiert zugleich für eine Erweiterung des Begriffes „Recht auf Stadt“.

Was bedeutet die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“? Ist „Recht auf Stadt“ eine „neue soziale Bewegung“? Wenn ja, was ist daran neu? Und wenn nein, was ist es dann? Und welche Rolle spielt das Thema „Wohnen“ in diesem Zusammenhang? Diese Fragen sollen hier am Beispiel von Erfahrungen aus Hamburg diskutiert werden.

Nicht in unserem Namen

Seit 2009 hat das „Recht auf Stadt“-Netzwerk in Hamburg eine enorme Resonanz in der lokalen Öffentlichkeit hervorgerufen. Im Mittelpunkt standen dabei zunächst Konflikte um das Stadtmarketing, mit dem Hamburg sich als „kreativ“ und „ökologisch“ in der globalen Standortkonkurrenz positionierte (vgl. Twickel 2010). Anschließend an den Widerspruch zwischen den Versprechungen der Vermarktungsstrategien und den sozialen Realitäten, kam es zu Initiativen, die weithin und sogar über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus beachtet wurden. Dazu gehörten beispielsweise die Besetzung oder „Beispielung“ des Gängeviertels in der Hamburger Neustadt im August 2009 oder die Initiative „Not in our Name, Marke Hamburg“, die im Oktober 2009 eine viel beachtete grundsätzliche Kritik am „Unternehmen Hamburg“ formulierte.

Dabei war und ist „Bespielung“ des Gängeviertels ein wirklicher Einschnitt in der Hamburger Bewegungsgeschichte: anders als in den vergangenen Jahren war die Aktion nicht linksradikal konnotiert (vgl. ebd.: 82, Birke 2010: 148–150). Die BesetzerInnen legten sehr viel Wert auf einen „offenen Ort“ und setzten im Erhalt der zwölf Häuser vor allem auf Öffentlichkeitsarbeit, Kunstprojekte und eine Art „Charmeoffensive“. Unter dem schwarz-grünen Senat wurde das Viertel, das die Stadt schließlich von einem niederländischen Investor zurückkaufte, als Aushängeschild für eine „tolerante“, „metropolitane“ Politik (im Sinne des Konzeptes „Wachsen mit Weitsicht“) vorgezeigt. Unter der derzeitigen sozialdemokratischen Mehrheitsregierung deutet sich an, dass die Konflikte um die Forderung der NutzerInnen nach Selbstverwaltung zunehmen könnten. Immer war die Situation jedoch dadurch geprägt, dass seitdem ein rundes Dutzend weitere Besetzungen sofort von der Polizei geräumt wurden, zudem ist die „Rote Flora“ – ein autonomes Zentrum, das bereits seit 1989 existiert – derzeit stärker als in den vielen letzten Jahren durch eine Räumung bedroht.¹

Darüber hinaus nahm, ebenfalls in den beiden vergangenen Jahren, der Protest gegen steigende Mieten und Wohnungsnot zu. Anlässlich der letzten große „Parade“ des Netzwerkes „Recht auf Stadt“ forderten rund 5.000 Menschen am 23. Oktober des vergangenen Jahres „Leerstand zu Wohnraum“. Hier richtete sich die Kritik vor allem gegen den nicht zuletzt durch den Bau des „Brauhausquartiers“ in St. Pauli sowie die verschiedenen Bauabschnitte der Hafencity rasant ansteigenden Leerstand von hochpreisigen Bürokomplexen.² Innerhalb des Netzwerkes „Recht auf Stadt“ setzt sich die „AG Mieten“ unter anderem kritisch mit der Politik der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA auseinander,³ die nicht zuletzt aufgrund ihres regelmäßigen Beitrags zur Rettung des maroden Hamburger Haushalts nicht mehr im Sinne eines sozialen Ausgleichs, sondern als „Mietpreistreiber“ wirkt. Darüber hinaus haben sich – verstärkt seit 2011 – auch

1 In der Reihe MetroPOLE haben wir 2010 und 2011 unter anderem versucht, die Unterschiede dieser verschiedenen Situationen innerhalb der stadtpolitischen Bewegung in Hamburg diskutierbar zu machen, siehe die Tonaufnahme der Debatte „zwischen“ Roter Flora und Gängeviertel (mit einem Kommentar der Gruppe OpenHagen aus Kopenhagen): [<http://www.freie-radios.net/37866>] (alle Downloads 1. Juni 2011).

2 Vgl. [<http://www.rechtaufstadt.net/avanti-projekt-undogmatische-linke/ueber-5000-bei-demo-leerstand-zu-wohnraum>].

3 Vgl. die Kritik an der SAGA, die in der ersten Ausgabe der Zeitschrift „2 %“ formuliert wird, die von der „AG Mieten“ herausgegeben wird: [http://www.rechtaufstadt.net/sites/default/files/u45/sagazeitung_01.pdf].

MieterInneninitiativen in Quartieren etabliert, die sich gegen die Politik in privatisierten Wohnungsbeständen in der Stadt-Peripherie wehren, am bekanntesten ist dabei mittlerweile sicherlich die Situation im Wilhelmsburger Korallus- und Bahnhofsviertel,⁴ wo seit dem Frühjahr des laufenden Jahres sehr stark öffentlich wahrgenommene Proteste gegen den Konzern GAGFAH organisiert wurden, der seinen Wohnungsbestand gleichzeitig verteuert und verfallen lässt.

Wohnen ist das halbe Leben

Welche sozialen Akteure versammeln sich in diesem Rahmen? Die Agenda des „Recht auf Stadt“-Netzwerkes, die hier nur sehr kurz und unzureichend skizziert werden kann, kann etwas oberflächlich als ein Bündnis aus „MieterInnen“, „BesetzerInnen“ und „KünstlerInnen“ gesehen werden. Allerdings stimmen offensichtlich zwei Dinge an dieser Aufzählung nicht: erstens kann natürlich die soziale Rolle des „Künstlers“ (tagsüber im Atelier), der „Besetzerin“ (abends in der Roten Flora) und der „Mieterin“ (nachts in der allzu teuren Wohnung) ohne Probleme in einer, wenn auch möglicherweise vielbeschäftigten, Person vereinigt werden. Zweitens sind wir alle nicht nur in einer dieser Rollen, sondern in vielen weiteren sozialen Figuren und Kommunikationsverhältnissen geprägt: wir sind auch „Väter“, „Arbeiterinnen“, „Konsumenten“ und so weiter. Die Auflistung der 43 „Berufe“, die das Gängeviertel in einer Selbstdarstellung zusammen bringt, zeigt ebenfalls, dass die Sache nicht so einfach reduziert werden kann. Es sind, unter anderem „Maler, Stadtplaner, Grafiker, Tänzerinnen, Studierende, ungelernete Hilfsarbeiter, Gärtner, Dichter, Hartz-IV-Empfänger“ (vgl. Twickel 2010: 82). Aber es fällt bei dieser Auflistung auch auf, dass einige soziale Figuren (wie „ungelernte Hilfsarbeiter“ oder „Hartz IV-Empfänger“) im „Netzwerk“ so gut wie überhaupt nicht präsent sind oder vielmehr präsentiert werden. Nahelegend ist schließlich, dass man nicht nur „Künstlerin“ und „Besetzer“, sondern auch „Besetzerin“ und „alleinerziehende Mutter“ sein kann, mit der Folge, dass ein Teil des eigenen sozialen Lebens in der aktuellen stadtpolitischen Debatte sehr stark repräsentiert wird, während man im Jobcenter weiterhin ziemlich alleine in der Schlange stehen kann. Dennoch kann man durchaus voraussetzen – und das hat beispielsweise die Bezugnahme großer Teile des „Netzwerkes“ auf die Proteste gegen die erste Haushaltskonsolidierung unter schwarz-grün ge-

4 Vgl. [<http://aku-wilhelmsburg.blog.de/2011/05/19/samstag-28-5-13-30-demo-untragbare-wohnverhaeltnisse-gagfah-wilhelmsburg-11180039/>], ein Video oder Aktion findet sich unter [<http://www.youtube.com/watch?v=a3WpkB2A6pA>].

zeigt –, dass unter einem „Recht auf Stadt“ intern auch die „Verteilungsfrage“ verstanden wird. Es ist also kein Problem der mangelnden Reflexion (jedenfalls nicht in erster Linie), sondern eher der Umstand, dass sich „Recht auf Stadt“ derzeit in Hamburg vor allem durch die sichtbaren Konflikte hindurch definiert (vgl. Birke 2011). Tatsächlich kam es sowohl im Protest gegen die Schließung kultureller Einrichtungen (Bibliotheken, Museen) als auch – in der laufenden zweiten, von der neuen sozialdemokratischen Regierung verantworteten Haushaltskonsolidierung – während der Proteste beispielsweise gegen die Kürzungen an der Universität – zu einer expliziten Bezugnahme auf das „Recht auf Stadt“. Allerdings kann zumindest für den Widerstand gegen die erste Runde der so genannten Konsolidierung gesagt werden, dass dieser selbst nur aufblühte und kurze Zeit später wieder erlosch; er bestand wesentlich aus einer Massendemonstration im November 2010. (Ob das auch für die zur Zeit der Produktion vorliegenden Artikels laufende „zweite“ Runde gelten wird, kann derzeit noch nicht beurteilt werden).

Es stellt sich deshalb die Zusatzfrage, *warum* „Recht auf Stadt“ es zwar gelungen ist, bestimmte soziale Figuren hörbar und bestimmte Konflikte sichtbar zu machen, andere aber nicht, oder, anders gesagt: warum es verstand, gegen bestimmte stadtpolitische Projekte (teils sogar erfolgreich) Widerstand zu formulieren, andere aber mehr oder weniger schweigend hinnehmen musste. Bevor ich diese Frage – im nächsten Abschnitt – bearbeiten (nicht: beantworten) werde, möchte ich erstens einschränkend bemerken, dass hier immer wichtig ist, „Recht auf Stadt“ *nicht* als *Programm* oder als *Organisation* zu denken, sondern als Sammlung von verstreuten Konflikten, die im *Plenum* zusammenkommen. Zweitens ist es meiner Auffassung nach auch wichtig, dieses *Plenum* (in dem kaum programmatische Debatten stattfinden, sondern vor allem ein Austausch organisiert wird) auch in seinem Inneren nicht als harmonischen Raum zu sehen: das heißt es gibt Rede- und Themenhierarchien (die geografisch in der Stadtmitte angeordneten Stimmen sind nicht nur in der Springerpresse, sondern auch im „Netzwerk“ lauter), eine relativ enge soziale Zusammensetzung (in der Tendenz etwas jüngere und mit deutscher Staatsbürgerschaft ausgestattete Menschen) und es gibt ein Potenzial für Konflikte, die anhand der (allerdings sehr weiten und großzügigen) Definition dessen, was das „Recht auf Stadt“ ist und wer es in Anspruch nehmen soll, ausgetragen werden. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die Forderung nach einer dauernden Erweiterung und Diffusion dessen, was ein „Recht auf Stadt“ beinhalten würde.⁵

5 Es ist dies eine Forderung, die sich innerhalb des Netzwerkes zunehmend zu einer Strategie verdichtet. Mittlerweile fordern nicht nur AktivistInnen aus der Stadt-

Begegnung und Zerstreuung

Was unterscheidet die „Recht auf Stadt“-Bewegung von anderen sozialen Bewegungen? Was sind ihre spezifischen Stärken, und was sind möglicherweise ihre Grenzen? Man kann diese Frage in zweierlei Hinsicht konzeptionell beantworten; erstens in Bezug auf eine Definition der Bedeutung des Stadt-Raums in der Praxis, die im Alltag entwickelt und in den sozialen Bewegungen artikuliert wird; zweitens in Bezug auf den Status der im Letzteren nicht oder nur latent vorhandenen Themen (wie „Arbeit“, „Prekarisierung“, „Gender“ und „Migration“).

Zum ersten dieser beiden Punkte: In der Einladung zu einem transnationalen Kongress, den das „Netzwerk“ Anfang Juni 2011 in Hamburg organisiert hat, wurde in situationistischer Tonlage zur „zur kollektiven Verwirrung, Begegnung, und Zerstreuung“⁶ aufgerufen. Dabei wird der marxistische Philosoph Henri Lefèbvre zitiert, der folgendes geschrieben hat: „Das Städtische definiert sich als der Ort, wo die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, sich vor und inmitten einer Anhäufung von Objekten befinden, wo sie sich kreuzen und wieder kreuzen, bis sie den Faden der eigenen Tätigkeit verloren haben, Situationen derart miteinander verwirren, dass unvorhergesehene Situationen entstehen.“

Was zunächst unübersichtlich klingt, kann in der Tat als eine (der wenigen) konzeptionellen Setzungen betrachtet werden, die im „Netzwerk“ eine Stimme haben. In dieser Setzung ist aus meiner Sicht bemerkenswert, dass es hier um eine Raumpolitik geht, die sich vorgenommen hat, klare soziale Zuschreibungen zu durchbrechen (im Gegensatz etwa zu einer „positiv“ verstandenen „Klassenpolitik“). Die Sammlung der „Berufe“, die im oben zitierten Papier des Gängeviertels aufgezählt werden, signalisieren insofern keinerlei Bezugnahme zu irgendeiner spezifischen Qualifikation oder sozialen Zuordnung, sondern in erster Linie, dass die zusammengesetzte Sozialstruktur durch ein immerwährendes *Nicht nur* und ein *Sondern auch* charakterisiert werden kann.

Es fällt auf, dass sich diese zusammengesetzte Sozialstruktur analog zur Lebensrealität der Prekarisierung entwickelt hat, in einem Prozess, in dem feste Arbeitszeiten und Arbeitsorte verflüssigt werden, eine feste Definition von „Qualifikation“ und ein daraus abgeleitetes Einkommen nicht existiert, und soziale

Peripherie, sondern beispielsweise auch feministische Gruppen eine kritische Reflexion und Erweiterung der Bewegungspraxis, erfreulicherweise, ohne dass es bislang zu den üblichen Ab- und Ausgrenzungsprozessen gekommen ist.

6 Vgl. [<http://kongress.rechtaufstadt.net/>].

Beziehungen ephemere werden.⁷ Die Daten, die entsprechenden Veränderungen für den Hamburger Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, illustrieren die steigende Bedeutung solcher Situationen. Auch die wachsende Einkommenspolarisierung und die Zunahme der „arbeitenden Armen“ hat damit zu tun: von den etwa 800.000 Hamburger Erwerbstätigen gelten, je nach Definition, zwischen 20 Prozent und der Hälfte als „einkommensarm“ bzw. „von Einkommensarmut bedroht“ (vgl. Birke 2010: 180-182, sowie den Text von Dirk Schubert in vorliegendem Heft). Aber das Zitat zeigt auch, dass es nicht hinreichend ist, „Prekarisierung“ als Modus der „Ausgrenzung“ und der „Armutproduktion“ zu verstehen. Die Aneignungsformen, in denen sich Menschen zu der Verunsicherung ihrer Lebenssituation und der damit verbundenen „Gegenwartsschrumpfung“ (Lübbe) verhalten können, müssen sich an dem Problem messen, um das es geht: „Den Faden der eigenen Tätigkeit zu verlieren“ und hybride Formen der sozialen und persönlichen Existenz zu entwickeln, ist von daher eine angemessene Antwort auf die „entgrenzte Stadt“.⁸ Die Bezugnahme auf Raumpolitik definiert zugleich die Perspektive, aus der sich Netzwerke unter solchen Bedingungen denken lassen: die Stadt gilt hier als „postindustrielle Fabrik, in der diese Differenzen die gewöhnliche metropolitane Erfahrung konstituieren, eine kontinuierliche und kreative Hybridisierung, das Zusammentreffen kultureller Formen und Lebensweisen“ (Negri 2010: 171). In oben zitiertem Kongress-Motto ist es allerdings wichtig zu bemerken, dass es sich in der Produktion dieser Differenz nicht um eine Eigenschaft (etwa: des Stadtkörpers), sondern um eine Tätigkeit (um eine aktive Bezugnahme auf die gebaute Umwelt) sowie um einen Konflikt handelt, namentlich zwischen der Tauschwertordnung des Immobilienmarktes und dem Gebrauchswertcharakter der Immobilien (siehe im Detail die Ausführungen von Andrej Holm in vorliegendem Band).

7 In der Tendenz ist, soziologisch gesprochen, die Gruppe der „Berufseinsteiger“ mit der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse auch in der Bundesrepublik weit überdurchschnittlich konfrontiert. Da dieser Befund für andere europäische und außereuropäische Staaten auch gilt, mag es nicht erstaunen, dass es die Gruppe der unter 30jährigen ist, die in den Aufständen in Griechenland, Spanien, Ägypten und Tunesien eine tragende Rolle gespielt hat und dass das Thema der Verunsicherung der materiellen Gegenwart und Zukunft dort überall eine auslösende Rolle gespielt hat.

8 Thomas Pohl (2009) hat in diesem Zusammenhang am Beispiel Hamburgs – allerdings ohne seine Resultate historisch-kritisch zu situieren – die veränderten Formen der Alltagsorganisation beschrieben.

Darüber hinaus ist es keinesfalls selbstverständlich, dass es sozialen Bewegungen überhaupt um eine *Raumpolitik* geht.⁹ Mitte der 1970er Jahre sprach Lefebvre auf einem Vortrag aus, was die Anerkennung des urbanen Gefüges als Gegenstand der Forschung und der politischen Praxis bedeutet (1974: 4): er forderte gegenüber dem traditionellen Marxismus eine „Wissenschaft vom Raum“, die ihren Ausgangspunkt in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Produktionsprozess desselben zu suchen hätte. Dabei wird die „Produktion des Raumes“ als doppelter Prozess verstanden – es ist einerseits die Produktion eines inwertgesetzten und vergegenständlichen Raumes: „Dieser Raum ist so organisiert, dass die Benutzer zu Passivität und Schweigen verurteilt sind, wenn sie nicht rebellieren“ (ebd.: 16). Andererseits ist es ein „Raum der Gegensätze“: „(Dieser ist) bereits in der kapitalistischen Produktionsweise als eine beständig bekämpfte Tendenz vorhanden. (Er) manifestiert sich auf allen Ebenen, auf der Ebene der Schule wie des Wohnhauses und seiner Ausstattung, auf der Ebene des Quartiers und der Stadt“ (ebd.: 19).

Auch an dieser Stelle ist deutlich, wie Margit Mayer (2009: 367) betont, dass es darum geht, „Recht auf Stadt“ nicht „juridisch“, sondern eher als oppositionellen Wunsch oder Forderung zu verstehen. Es ist ein Set von Ansprüchen, die sich dadurch entwickeln, dass „sie in politischen Aktionen auf die Straße getragen werden“ (ebd.) Und Peter Marcuse fügt hinzu, dass die egalitäre Dimension von „right to the city“ sich gerade durch die in ihr engagierte „klassenlose Gesellschaft“ zum Ausdruck gebracht werde: „Artists create, teachers teach, inventors invent, philosophers think, young people volunteer, not for profit, but because they believe that is what life is for, that is what they want to do. They come up against the same constraints that make people homeless, hungry, sick, impoverished, people whose demands thus naturally link to the aspirations of the alienated“ (Marcuse 2010: 195). Beide Zitate legen nahe, dass die Frage nach Partizipation und Demokratie, die Frage nach der Nutzung und den Nutzungskonflikten in öffentlichen Räumen innerhalb dieser Konzeptionen zentral ist – und es sich dabei zugleich um eine „soziale Frage“ handelt. Das heißt: es handelt sich um eine Frage, die „schon da“ ist und die nicht von einer Avantgarde von außen in die urbanen sozialen Bewegungen hinein gesprochen werden muss, in welcher mehr oder weniger geglückten Form dies auch immer geschehe.

9 Ich habe an anderer Stelle auf die Verbindung zwischen den aktuellen und historischen Revolten in der Stadt hingewiesen und die Bedeutung diskutiert, die diese Verbindung im Rahmen der Debatte über „urbane soziale Bewegungen“ aus meiner Sicht erhalten muss: Birke 2011, im Erscheinen.

Aber ist „Recht auf Stadt“ dann überhaupt als „soziale Bewegung“ zu bezeichnen? „Recht auf Stadt“ macht Kampagnen, aber es ist keine Kampagne, macht Bündnisse, aber es ist kein Bündnis: es ist eine dezentrierte Struktur, die vor allem auf Grundlage der vorhandenen, im Stadt-Raum sichtbar gemachten sozialen Konflikte in Hamburg erhalten wird. Es ist also in vielerlei Hinsicht keine soziale Bewegung im traditionellen Sinne der Bewegungsforschung, die von definierten Zielen, einer relativen Dauerhaftigkeit und Verfestigung organisatorischer Strukturen ausgeht (Roth/Rucht 2006: 13). Und wie ich gezeigt habe, ist zudem auch die Frage nach der „kollektiven Identität“ (ebd.) in diesem Falle nicht mehr so leicht zu beantworten.

Ernsthafte Differenzen

Die eben erläuterte Konzeption hat allerdings auch Schwächen. Sie trägt keine Debatte über die feinen Unterschiede, die hier schon angedeutet wurden und die sich im „Netzwerk“ durchaus manifestieren. Dies ist nicht nur ein Problem der mehr oder weniger wahrgenommenen Sprechpositionen von Individuen, es ist auch ein Problem von Begriffen und Theorien. Am Anfang dieses Textes habe ich erläutert, dass sich um das Thema „Wohnen“ verschiedene Aktivitäten gruppieren, die allesamt zu „Recht auf Stadt“ gezählt werden können. Insofern ist „Wohnen“ in der Tat – in völliger Übereinstimmung mit dem bislang Gesagten, neben der Aneignung öffentlicher Räume, das Scharnier, um das sich die Praxis des „Netzwerkes“ bislang in Hamburg dreht. Allerdings muss man sich kein gut geöltes und glatt funktionierendes Scharnier vorstellen, eher ist es ein rostiges Etwas, das manchmal merkwürdige Geräusche macht.

So kann zum Beispiel der „Kampf gegen die Gentrifizierung“ auch unterschiedliche Weisen interpretiert werden. Auf den ersten Blick ist es etwas *Verschiedenes*, ob die linksradikale Subkultur in der Hamburger Innenstadt einen „Abwertungskit“¹⁰ propagiert (mitsamt „broken windows effect“) oder die überwiegend migrantische Armutsbevölkerung in Steilshoop oder im Korallusviertel sich wünscht, dass der Schimmel aus ihren Wohnungen endlich verschwindet und die Fenster vor dem nächsten Winter abgedichtet oder erneuert werden. Es versteht sich zwar von selbst: Wenn ein fest angestellter Lehrer darüber wütend ist, dass er in einem innenstadtnahen Szeneviertel bis zum 15 Euro pro Quadrat-

10 Man vergleiche, um dies greifbar zu machen, den gleichnamigen Film von „Es regnet Kaviar“: [<http://www.youtube.com/watch?v=Cq1N1d1cVoA>] mit dem in Fußnote 4 zitierten Video.

meter Miete bezahlen muss, worauf das Hamburger Abendblatt feststellt, dass die Stützen unserer Gesellschaft („Feuerwehrleute, Polizisten, Krankenpfleger“) in der Innenstadt nicht mehr wohnen können, dann ist das ein ernsthaftes Problem. Wenn ein erwerbsloser ehemaliger Bahnarbeiter nach vierzig Jahren Berufstätigkeit durch eine Wohnungsbaugesellschaft in seiner sozialen und angesichts der Wohnbedingungen langfristig auch in seiner Gesundheit angegriffen wird, ist auch das ein ernsthaftes Problem. Aber zwischen beiden Problemen liegt eine ernsthafte Differenz, obwohl man vielleicht mit Marcuse und in Bezug auf die gesellschaftlichen Funktionsmechanismen des Wohnungsmarktes sagen kann, dass es sich hier um „the same constraints“ handelt. Die Liste solcher *ernsthafter Differenzen* ließe sich fortsetzen.

Insgesamt reproduziert, wie ich ebenfalls an anderer Stelle genauer ausgeführt habe, (2010: 186f) der topografische Schwerpunkt der Initiativen, die sich im „Netzwerk“ versammelt haben, bis zu einem Grade diese Differenzen: „Fast alle Initiativen sind fußläufig zu erreichen.“ Es stellt sich deshalb abschließend die Frage, welche Perspektiven sich, wenn es stimmt, was ich hier angedeutet habe, aus diesen Erfahrungen ergeben. Was an dieser Stelle vielleicht weiterhilft, lässt sich sowohl begrifflich als auch politisch in aller Kürze zusammenfassen, ohne dass daraus so etwas wie ein Programm abgeleitet werden kann. Auf der begrifflichen Ebene wäre es wichtig, zu reflektieren, was *Gentrifizierung* eigentlich beinhaltet, welche Fragen dieser zu einem Slogan der stadtpolitischen Bewegungen gewordene Begriff enthält und welche nicht. Hier müssen zuerst die Versuche in der aktuellen Stadtforschung beachtet werden, bei denen es darum geht, den Begriff zu erweitern.¹¹ Diese Erweiterungen enthalten vor allem den Hinweis auf Gentrifizierung als „globalen“ (also sich verallgemeinernden) Prozess, dessen Voraussetzungen in der strukturellen Entwicklung der Weltwirtschaft bestehen (wie zum Beispiel in einer allgemeinen „Finanzialisierung“ der Wohnungsmärkte), der sich jedoch in Istanbul, Dakar oder Kopenhagen unterschiedlich ausformen kann (Smith 2006, Henninger 2010, Holm/Gebhardt 2011). Diese Feststellung legt eine Auseinandersetzung um die Feststellung nahe, ob Widerstandsformen und gegenseitige Bezugnahmen beim Kampf gegen die Inwertsetzung des urbanen Raumes auf dem „Planet der Slums“ (Davis) nicht dezidiert andere Formen annehmen als im globalen Norden. Die Verbindung zwischen beiden Formen

11 Während der Streit um seine die Struktur der Gentry – „ökonomisch“ oder „kulturell“ geprägt mittlerweile eher in den Hintergrund gerät: vgl. die Forschungsübersicht in: Slater 2011.

wäre dann erst zu organisieren, namentlich als konkrete Erfahrung, dass es sich um the same constraints handelt.

In ähnlicher Weise wird aus meiner Sicht zweitens bedeutend, diesen Prozess auch auf den *Süden-im-Norden* zu beziehen, und dies vor allem angesichts einer wachsenden Polarisierung der Einkommen und Lebensverhältnisse. Zwischen dem reichen Hamburg-Nienstedten und dem armen Korallusviertel liegen nur ein paar S-Bahn-Stationen, aber die soziale Entfernung wächst. Ich habe oben angedeutet, dass es innerhalb von „Recht auf Stadt“ in Hamburg einige aus meiner Sicht sehr erfreuliche Initiativen gibt, solche weiten Entfernungen zu messen und sichtbar zu machen. Diese Initiativen beinhalten auch den Versuch, eine neue Debatte über Frauenräume in der Stadt sowie die Bedeutung von prekarierten Arbeitsverhältnissen im Stadt-Raum zu initiieren (vgl. Neumann 2010). Aber wie kann man das auf die Konzeptionen beziehen, auch auf das Zitat, das dem erwähnten „Recht auf Stadt“-Kongress vorangestellt wurde? Was die oben vorgestellte „klassenlose Gesellschaft“ betrifft, so hilft vielleicht eine kleine Unterscheidung ein wenig weiter. Lefebvre skizzierte den „Raum der Gegensätze“ als ein „Bild aus der Zukunft“. Er betonte zwar, wie bereits zitiert, dass die aktuellen Praxen notwendige Schritte seien, um dieses Bild mehr als nur imaginieren zu können (oder vielmehr zitierte er selbst die Erfahrungen der Revolte in Paris 1968 oder der italienischen Mieterinnenkämpfe in den Jahren danach). Aber er hob zugleich hervor, dass sein *espace des différences* die „Produktion eines zukünftigen Raumes betrifft“ (Lefebvre 1974: 20).

Was 1974 die Erfahrung einer eben vergangenen Situation verständlich machen sollte, (vgl. ders. 1969) ist auch heute noch aktuell: es zwingt zu einer Unterscheidung zwischen der gegenwärtigen Gesellschaft, die den sozialen Antagonismus auch im Inneren der sozialen Bewegungen reproduziert, und einer zukünftigen klassenlosen Gesellschaft, deren Praxis in den heutigen sozialen Kämpfen bereits *schwach aufscheint*. Wenn es stimmt, dass diese zukünftige Gesellschaft durch gegenwärtiges Handeln produziert werden kann (wir hoffen noch immer darauf), reicht es nicht, auf die eigene soziale Existenz und deren Widersprüche zu verweisen. Sondern vielmehr muss die Allgemeinheit des „Rechts auf Stadt“ sich auch auf die sozialen Rechte derer beziehen, die sich nicht in meiner Sprache ausdrücken und die nicht auf meiner Ecke wohnen: es ist eine Frage der *Solidarität* – eine politische, bewusste Verbindung, die mehr als eine zufällige Begegnung im Stadt-Raum sein wird.

Literatur

- Birke, Peter 2010: Herrscht hier Banko? Die Proteste gegen das Unternehmen Hamburg, in: Sozial.Geschichte Online, Heft 3, Duisburg/Essen, S. 148–191
- 2011: Zurück zur Sozialkritik. Von der „urbanen sozialen Bewegung“ zum „Recht auf Stadt“, unveröff. Manuskript
- Henninger, Max 2010, Zur Transformation des Urbanen. Forschungsbefunde und Fragen, in: Sozial.Geschichte Online, 3, 28–55
- Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hrsg.) 2011: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen, Hamburg: VSA
- Lefebvre, Henri 1969: The Explosion: From Nanterre to the Summit, Paris: Monthly Review Press (französische Erstausgabe: 1968)
- 1974: Die Produktion des städtischen Raums, in: http://www.anarchitetur.com/aa01_lefebvre/aa01_lefebvre.pdf
- Mayer, Margit 2009: The ‘Right to the City’ in the context of shifting mottos of urban social movements, CITY, 13/2-3, S. 362–374
- Negri, Antonio 2010: Resümee. Rente und Revenue in der Großen Krise, in: Mezzadra, Sandro/Fumagalli, Andrea 2010, Die Krise denken: Finanzmärkte, soziale Kämpfe und neue politische Szenarien, Münster: Unrast, S. 167–173
- Neumann, Arndt 2010: Die Debatte um Gentrifizierung ist verkürzt. Der Wandel der Stadt ist ohne den Wandel der Arbeit nicht zu verstehen, in: analyse und kritik 558, 7f.
- Pohl, Thomas 2009: Entgrenzte Stadt. Räumliche Fragmentierung und zeitliche Flexibilisierung in der Spätmoderne, transcript: Bielefeld
- Schäfer, Christoph 2010: Die Stadt ist unsere Fabrik/The City is our Factory, Spector: Leipzig
- Slater, Tom 2011: Gentrification of the City, in Bridge, Gary/Watson, Sophie (Hg.), The New Blackwell Companion to the City, London: Blackwell, S. 571–584
- Smith, Neil 2006: Gentrification Generalized: From Local Anomaly to Urban ‘Regeneration’ as Global Urban Strategy, in: Melissa S. Fisher/Greg Downey (Hg.), Frontiers of Capital. Ethnographic Reflections on the New Economy, Durham/London 2006, S. 191–208
- Twickel, Christoph 2010: Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle, Hamburg: Nauutilus

*Dr. Peter Birke, Universität Hamburg, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachbereich Sozialökonomie, Welckerstrasse 8, 20146 Hamburg
E-mail: Peter.Birke@wiso.uni-hamburg.de*